

NRW & Europa

Bedeutung, Verantwortung und Impulse des Landes für den europäischen Zusammenhalt
– Symposium anlässlich des fünfjährigen Jubiläums des Europabezugs in der
Landesverfassung Nordrhein-Westfalen.

Entwicklung. Konzipiert wurde die Veranstaltung von der Europa-Union NRW und der Europa-Union Köln; gefördert durch die Landesinitiative Europa-Schecks des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und des Chefs der Staatskanzlei.



Inhaltsverzeichnis

1. EUROPA UND NORDRHEIN-WESTFALEN IM KONTEXT	1
1.1 FÖRDERUNG DER VERANSTALTUNG	1
2. BEGRÜßUNG	2
3. IMPULSVORTRÄGE	5
5. PODIUMSDISKUSSION	10
6. PUBLIKUMSBEITRÄGE.....	22
7. ZENTRALE ERKENNTNISSE	34

1. Europa und Nordrhein-Westfalen im Kontext

Europa steht vor tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Globale Machtverschiebungen, wirtschaftliche Unsicherheiten und sicherheitspolitische Fragen prägen die aktuellen Debatten auf europäischer Ebene. Diese Entwicklungen wirken sich unmittelbar auf die Regionen aus, insbesondere auf Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland, zentralen Wirtschaftsstandort und wichtigen Akteur im europäischen Mehrebenensystem.

Die Veranstaltung „NRW und Europa“ wurde gemeinsam mit der Europa-Union Nordrhein-Westfalen und der Europa-Union Köln konzipiert und widmete sich der Frage, welche Rolle Nordrhein-Westfalen innerhalb der Europäischen Union einnimmt und welche Handlungsspielräume sich für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ergeben. Im Mittelpunkt standen die Wechselwirkungen zwischen europäischer Politik, regionaler Verantwortung und wirtschaftlicher Entwicklung.

Auf dem Podium diskutierten **Dr. Samina Sultan**, Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel am Institut der Deutschen Wirtschaft, **Dr. Otto Schmuck**, Leiter der Europaabteilung a. D. der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union in Berlin, sowie **Prof. Dr. Wolfgang Wessels**, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäische Integration, gemeinsam mit weiteren Gästen.

Die Moderation übernahm **Prof. Dr. Patrick Sensburg**, Vorsitzender des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der Europa-Union, der die Diskussion strukturierte und in einen größeren europapolitischen Zusammenhang einordnete.

Ziel der Veranstaltung war es, europäische Politik aus regionaler Perspektive sichtbar zu machen, unterschiedliche fachliche Blickwinkel zusammenzuführen und Raum für einen sachlichen Austausch zu schaffen. Das vorliegende Transkript dokumentiert die zentralen Beiträge, Diskussionen und Impulse der Veranstaltung und ermöglicht eine vertiefte Nachbereitung der behandelten Themen.

1.1 Förderung der Veranstaltung

Das Symposium „NRW und Europa“ wurde gefördert durch die **Landesinitiative Europa-Schecks** des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der

Staatskanzlei. Zusätzlich flossen eigene Ressourcen der **Europa-Union NRW** sowie ihrer Gliederungsverbände in die Umsetzung der Veranstaltung ein. Von besonderem Wert war dabei der ehrenamtliche Einsatz der Aktiven vor Ort, der maßgeblich durch die Kampagne aktiviert wurde.

Darüber hinaus konnten weitere Partner zusätzliche Unterstützung leisten, insbesondere durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Durchführung der Veranstaltung. Diese Zusammenarbeit machte es möglich, europäische Politik aus regionaler Perspektive zu beleuchten, unterschiedliche fachliche Blickwinkel zusammenzuführen und einen sachlichen Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen
und Chef der Staatskanzlei



2. Begrüßung

Tobias Kunstein

Guten Tag, mein Name ist Tobias Kunstein. Ich bin im Vorstand des Kreisverbands Köln der Europa-Union tätig und außerdem an der Universität engagiert, weshalb es mir protokollarisch zusteht, die Begrüßung zu übernehmen.

Heute ist der Gedenktag von Albertus Magnus, der vor 780 Jahren verstorben ist. Albertus Magnus war ein Universalgelehrter, der die europäische Geistes- und Kulturlandschaft maßgeblich geprägt hat. Er war viel unterwegs, lehrte unter anderem in Paris, Straßburg, Italien und Köln. Dies kann als Symbol für die heutige Veranstaltung gesehen werden, die sich mit der Rolle Nordrhein-Westfalens innerhalb Europas befasst.

Die Veranstaltung wurde vom Landesverband NRW der Europa-Union initiiert. Simon Gutleben hatte hierfür einen Antrag gestellt, und freundlicherweise wurde die Durchführung durch eine Förderung der Staatskanzlei unterstützt. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Heute begrüßen wir einige Gäste, die ich kurz vorstellen möchte: **Frau Dr. Samina Sultan** ist Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel am Institut der Deutschen Wirtschaft, wo sie seit 2022 tätig ist. Sie hat

Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Mannheim, St. Gallen und Tübingen studiert und an der LMU München promoviert. Zudem war sie Referentin im wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Herzlich willkommen, Frau Dr. Sultan.

Als nächstes begrüßen wir **Herrn Dr. Otto Schmuck**. Er war Leiter der Europaabteilung a. D. bei der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union in Berlin. Er studierte Politikwissenschaften, Germanistik, Pädagogik und Geschichte in Bonn und Mainz und promovierte zum Thema „Das Europäische Parlament und die Entwicklungspolitik“. Herr Dr. Schmuck war Mitarbeiter und zuletzt stellvertretender Direktor am Institut für Europäische Politik in Bonn und leitete bis 2014 die Europaabteilung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin. Herzlich willkommen, Herr Dr. Schmuck.

Darauf folgt die Vorstellung von **Prof. Dr. Wolfgang Wessels**. Er war Jean-Monnet-Professor für Europäische Politik in Köln und langjähriger Lehrender an dieser Universität. Darüber hinaus ist er in ganz Europa tätig gewesen, unter anderem in Brügge, Brüssel und Paris, und war über viele Jahre für das Institut für Europäische Politik engagiert.

Zu guter Letzt möchte ich noch **den Moderator der Veranstaltung, Prof. Dr. Patrick Sensburg**, vorstellen. Er ist Vorsitzender des Landesverbands NRW der Europa-Union. Professor Sensburg studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Trier, Luxemburg und Speyer, war Rechtsanwalt, Professor an der Hochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung sowie von 2009 bis 2021 Bundestagsabgeordneter des Hochsauerlandkreises. Seit 2022 ist er Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW in Köln.

Patrick Sensburg:

Vielen Dank. Ich halte es kurz und möchte zunächst einige organisatorische Hinweise geben, bevor wir in die Diskussion einsteigen.

Unsere Veranstaltung wird gefördert, und wir danken der Staatskanzlei für die Unterstützung durch die **Europa-Schecks**. Diese Förderung ermöglicht es, zahlreiche Veranstaltungen in der Fläche für Europa durchzuführen, die über die regulären Aktivitäten der Europa-Union hinaus nicht möglich wären.

Die Veranstaltung hat einen klaren Schwerpunkt, wie der Titel „**NRW und Europa**“ bereits zeigt. Als Europa-Union Nordrhein-Westfalens möchten wir den Fokus darauf legen, welche Rolle Europa in Nordrhein-Westfalen spielt. NRW ist eine starke

Volkswirtschaft im europäischen Vergleich, und diese Bedeutung möchten wir in den Blick rücken.

Wir beginnen mit kurzen Eingangsstatements der Panelisten, die jeweils etwa zehn bis fünfzehn Minuten dauern. Anschließend ist eine kurze Pause vorgesehen, in der Getränke angeboten werden. Bitte beachten Sie, dass sich auf dem Campus noch Baumaßnahmen befinden, und kehren Sie daher zügig zur Veranstaltung zurück. Danach folgt die Diskussion, in der Sie bereits während der Pause Fragen überlegen können. Alle Panelisten stehen bereit, um Ihre Fragen zu beantworten.

Die Eingangsstatements werden in folgender Reihenfolge gehalten:

- **Dr. Otto Schmuck** eröffnet mit einem Beitrag zur Rolle NRWs innerhalb Europas.
- **Dr. Samina Sultan** beleuchtet das Thema aus ökonomischer Perspektive.
- **Prof. Dr. Wolfgang Wessels** ordnet die Diskussion in die gesamt-europäische Lage ein und wirft einen Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen.

3. Impulsvorträge

Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

Dr. Otto Schmuck:

Vielen Dank. Ich freue mich, eingeladen worden zu sein und gerne nach Köln gekommen zu sein. Ich habe 1992 für das Land Rheinland-Pfalz zu arbeiten begonnen. Dies war die Phase der Aushandlung des Vertrags von Maastricht, in der Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und teilweise auch Rheinland-Pfalz eine zentrale Rolle spielten. Diese Länder haben die Verhandlungen aktiv gestaltet und wichtige Positionen für die Regionen durchgesetzt, auf die ich gleich noch eingehen werde.

Zu meiner Person: Ich bin in der Europa-Union aktiv, derzeit stellvertretender Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, war zuvor Kreisvorsitzender in Bonn/Rhein-Sieg und jetzt Kreisvorsitzender im Kreis Mainz-Bingen. Europa liegt mir sowohl beruflich als auch privat am Herzen.

Ich möchte vier zentrale Punkte vorstellen:



Erster Punkt – Mehr-Ebenen-System:

Die Europäische Union ist ein Mehr-Ebenen-System, das EU-Mitgliedsstaaten, Regionen und Kommunen umfasst. Für die Erreichung wichtiger Ziele ist die Zusammenarbeit dieser Ebenen essenziell, insbesondere in der innenpolitischen Ausrichtung. Das Subsidiaritätsprinzip stellt sicher, dass die EU nur dort tätig wird, wo Maßnahmen auf unterer Ebene nicht wirksam umgesetzt werden können und Ziele auf Unionsebene besser zu erreichen sind. Nationale Parlamente und Landtage können diese Prinzipien prüfen und Subsidiarität ausüben.

Historisch hatten Regionen und Kommunen anfangs kaum Einfluss. Erst der Vertrag von Maastricht 1992 führte zu einer stärkeren Einbindung der Regionen. Heute ist der Bundesrat das zentrale Mitbestimmungsinstrument der Länder. Er muss allen Vertragsänderungen zustimmen, die Länderkompetenzen betreffen, wodurch die Länder erheblichen Einfluss auf die EU-Politik ausüben können.

Zweiter Punkt – Auswirkungen auf Länder und Regionen:

EU-Entscheidungen betreffen Länder und Regionen auf zwei Arten: Erstens müssen sie EU-Vorgaben umsetzen und sich an EU-Regeln halten, was ihre Handlungsfreiheit einschränken kann. Zweitens profitieren sie von EU-Mitteln. Nordrhein-Westfalen erhält jährlich etwa 500 Millionen Euro aus verschiedenen EU-Fonds, etwa aus EFRE, ESF, ELER und dem Fonds für den gerechten Übergang. Hinzu kommen Direktmittel, zum Beispiel für die Landwirtschaft, sowie Forschungsprogramme und dem Programm Erasmus+, von denen jährlich rund 8.000 Studierende aus NRW profitieren.

Darüber hinaus beeinflussen Länder und Regionen die Umsetzung europäischer Richtlinien in Bereichen wie Bildung, Naturschutz, Wasserqualität und Regionalförderung. Ein Beispiel ist die Anerkennung von Hochschulzugangsberechtigungen zwischen den Bundesländern, die durch EU-Recht geregelt wird.

Dritter Punkt – Instrumente der Länderbeteiligung:

Das wichtigste Instrument ist der Bundesrat. Weitere zentrale Gremien sind die **Europaministerkonferenz**, die **Ministerpräsidentenkonferenz** und der **Ausschuss der Regionen (AdR)** in Brüssel. In Deutschland sind 21 der 24 deutschen AdR-Sitze den Ländern vorbehalten, die verbleibenden drei den Kommunen. Ländervertretungen in Brüssel leisten Lobbyarbeit, stellen Kontakte her und organisieren Veranstaltungen, um die Interessen ihrer Länder in der EU durchzusetzen. Auch Landtage prüfen regelmäßig Subsidiaritätsfragen und geben Stellungnahmen weiter.

Vierter Punkt – EU-Mittel und aktuelle Entwicklungen:

Der derzeitige mittelfristige Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 stellt rund 3,64 Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen bereit, aufgeteilt auf EFRE, ESF, ELER, Zusammenhaltshilfe und den Fonds für den gerechten Übergang. Die Verhandlungen für den nächsten Finanzrahmen 2028–2035 laufen derzeit, mit einem Gesamtvolumen von rund 2.000 Milliarden Euro. Dabei geht es um die Verteilung der Mittel und die Einflussmöglichkeiten der Regionen. Die Länder setzen sich für eine regionale Mitgestaltung ein, um eine Zentralisierung zu vermeiden und spezifische Schwerpunkte zu setzen.

Schlussbemerkung:

Die EU benötigt Transmissionsregionen. Regionen und Länder sind direkt betroffen, müssen EU-Recht umsetzen, profitieren von EU-Mitteln und verfügen über wirksame Mitwirkungsinstrumente. Sie leisten einen Beitrag zur Informationsvermittlung, zum Beispiel durch Veranstaltungen und Wettbewerbe. Europawochen und andere

Aktivitäten der Länder tragen dazu bei, das Thema Europa in Schulen, Hochschulen und der Gesellschaft sichtbar zu machen. Die heutige Veranstaltung, gefördert durch die Europa-Schecks, gehört in diese Rubrik.



Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank für Ihren spannenden Vortrag, der nicht nur den Status quo beschrieben hat, sondern auch einen Ausblick in den neuen mehrjährigen Finanzrahmen geworfen hat. Ich glaube, da werden wir noch vielfach darüber diskutieren. Vielleicht stellt das ja auch einen gewissen Rahmen für die Wirtschaft dar. Die Wirtschaft fordert zu Recht Planbarkeit und Stabilität, aber sie tut natürlich auch viel dazu. Es ist ja nicht alles, was EU-finanziert ist, sondern ohne Wirtschaft ginge es ja gar nicht. Welche Forderungen der Wirtschaft bestehen, ob die Wirtschaft zufrieden ist und wo da die Reise hingeht, das kann uns jetzt Frau Dr. Sultan sagen. Liebe Frau Dr. Sultan, ich bitte Sie nach vorne für Ihr Eingangsstatement, und ich sage auch hier: the floor is yours.

Dr. Samina Sultan:

Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung. Ich freue mich, bei dieser Veranstaltung zu sein, weil das Thema Europa viel Aufmerksamkeit verdient. Ich bin am IW zuständig für die europäische Wirtschaftspolitik und den Außenhandel, weshalb das sehr gut passt.

Ich beginne mit einem groben Überblick über die derzeitige wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union und skizziere die Herausforderungen, die ich sehe. Anschließend möchte ich ein Schlaglicht auf Nordrhein-Westfalen in Europa und die Wirtschaftspolitik legen.

Seit der Coronapandemie herrscht in Gesamteuropa eine schwierige wirtschaftliche Lage. Anfang 2025 gab es eine leichte Belebung, insbesondere aufgrund von Vorzieheffekten im Export, bedingt durch Ereignisse in den USA, wie die Zollpolitik unter Donald Trump. Mitte des Jahres hat sich das konjunkturelle Bild wieder eingetrübt, maßgeblich durch geopolitische Konflikte. Es gibt zudem starke regionale Unterschiede: Deutschland und Italien hinken noch hinterher, während Spanien von der Belebung des Tourismus profitiert und Polen stark wächst.

Aus meiner Sicht gibt es fünf zentrale wirtschaftliche Herausforderungen:

1. **Geopolitische Spannungen:** Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass die Verteidigungsausgaben deutlich erhöht werden müssen. Das NATO-5-Prozent-

Ziel stellt viele Länder, darunter Deutschland, vor Herausforderungen, während Länder wie Spanien derzeit nur 1,5 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung investieren. Auch das Verhältnis zu den USA ist ein Faktor, da die EU stark exportorientiert ist und die USA unser wichtigster Exportmarkt sind. Zollfragen, etwa im Stahl- und Aluminiumsektor, sind insbesondere für den Maschinenbau problematisch. China stellt durch Exportkontrollen für seltene Erden ebenfalls ein Konfliktfeld dar. Die Frage ist, wie wir uns als EU resilienter gegenüber diesen geopolitischen Herausforderungen aufstellen können.

2. **Grüne Transformation:** Die EU strebt bis 2055 Klimaneutralität an. Debatten über Maßnahmen wie ETS 2 zeigen, dass die Umsetzung zeitlich und wirtschaftlich anspruchsvoll ist. Für den Erhalt der Industriestärke Europas ist diese Transformation eine große Herausforderung.
3. **Demografie:** Europa altert stark. Prognosen zufolge wird der Anteil der über 65-Jährigen bis 2050 auf 30 Prozent steigen, das Medianalter liegt derzeit bei 44 Jahren. Dies belastet nationale Haushalte, insbesondere die Rentenpolitik, wie aktuelle Debatten in Deutschland und Frankreich zeigen.
4. **Innovation, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit:** Der Draghi-Bericht weist auf Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratiekosten hin und zeigt, dass Europa in Hightech und Innovation hinter den USA zurückliegt. EU-Förderungen wie die Horizon-Programme werden nicht immer effizient umgesetzt. Die Zahl sogenannter Unicorns (Unternehmen mit einer Bewertung über eine Milliarde US-Dollar) ist in Europa deutlich geringer als in den USA.
5. **Fiskalpolitik:** Die Umsetzung all dieser Herausforderungen erfordert enorme finanzielle Mittel. Laut Draghi-Bericht müssten 700 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr investiert werden, während viele Länder hohe Schuldenstände aufweisen und die Maastricht-Kriterien (maximal 3 Prozent Neuverschuldung und 60 Prozent Schuldenstand) oft nicht erfüllen.

Bezüglich NRW in Europa: NRW hat eine hohe wirtschaftliche Bedeutung. Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei etwa 870 Milliarden Euro (2024), größer als das von Polen oder der Schweiz. NRW trägt knapp 5 Prozent zur Brutto-Wertschöpfung der EU bei. Die chemische Produktion in NRW trägt 8,4 Prozent zur chemisch-industriellen Wertschöpfung der EU bei, auch der Maschinenbau ist stark vertreten.

Die EU ist für NRW ein wichtiger Handelspartner: 64,5 Prozent der Exporte gehen in andere EU-Länder, insbesondere in die Niederlande, nach Frankreich und Belgien. Zudem ist NRW ein Innovationszentrum: 5 Prozent aller europäischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben entfallen auf NRW. Hochschulen und Forschungsinstitute tragen wesentlich zur Innovationskraft bei.

So viel von meiner Seite fürs Eingangsstatement. Vielen Dank.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank, Frau Dr. Sultan. Sie merken, wie verzahnt die Themen sind, als wäre es geplant gewesen. Man erkennt jetzt schon, wie richtig es ist, einen Fokus auf Nordrhein-Westfalen zu richten. Die Regionen sind wichtig, und wir werden das sicherlich gleich in der Podiumsdiskussion noch einmal aufgreifen.

Um das jetzt in den Gesamtkontext einzuordnen: „Wo steht Europa, wo geht die Reise hin?“, gibt es, glaube ich, keinen Besseren als Professor Wessels, der uns dies erläutern kann. Deswegen freue ich mich auf Ihr Eingangsstatement. The floor is yours.

Prof. Dr. Wolfgang Wessels:

Vielen Dank für die Einführung. Sie ist gleichzeitig auch eine Herausforderung, denn ich werde nicht die klare, eindeutige Aussage treffen können, wo wir stehen und wohin wir gehen. Wir haben verschiedene Perspektiven und Erzählungen, die im Wettbewerb stehen. Nordrhein-Westfalen ist dabei eine zentrale Region, die für die Union und für Deutschland ein wichtiger Akteur ist und bleibt.

Albertus Magnus wurde erwähnt. Er war ein europäischer Gelehrter, lehrte viel in Paris und war der Lehrer von Thomas von Aquin, dem bedeutendsten Theologen des späten Mittelalters. Sein Denken wirkt bis heute in der katholischen Doktrin fort. Für die Europa-Union ist es wichtig, ein europäisches Verständnis herzustellen: Die Region muss sich auch als Teil eines Netzwerks verstehen, das in andere Mitgliedsstaaten hineinwirkt. Unser jetziger Ministerpräsident und seine Vorgänger haben dies intensiv gepflegt, insbesondere mit den Niederlanden und Belgien.

Ich selbst habe lange beim Institut für Europäische Politik gearbeitet und war Mitglied des Präsidiums der Europa-Union sowie zeitweise Vizepräsident der Europa-Union. Auch wenn dies nicht immer einfach war, etwa wegen finanzieller Probleme, bin ich sehr zufrieden mit der Entwicklung der Europa-Union. Wir konkurrieren zwar mit anderen Einrichtungen, haben aber immer noch Einfluss und sollten diesen wahrnehmen.

Europa ist ein Friedensprojekt, gleichzeitig ein Wirtschafts- und zunehmend auch ein Sicherheitsprojekt. Diese drei Hauptziele waren immer die Grundaufgabe der Europa-Union. Die Europäische Union war in vielerlei Hinsicht erfolgreich: Die Beitrittswellen, die Krisenbewältigung wie Finanzkrise und Pandemie, und die Unterstützung der Ukraine zeigen dies. In der Verteidigungspolitik gibt es Fortschritte, auch wenn viele Maßnahmen nur punktuell umgesetzt wurden. Der neue Haushalt wirft Fragen auf, etwa wie viel Geld investiert werden muss und woher es kommt.

Ich möchte meine Analyse anhand von vier „K“-Punkten darstellen:

1. **Konsens:** Vertragsänderungen müssen einstimmig beschlossen werden, einschließlich der Zustimmung nationaler Parlamente. Konsens ist Voraussetzung für Entscheidungen und fördert Kompromisse.
2. **Kompromiss:** Konsens beruht auf Kompromiss, der oft lange und komplex verhandelt werden muss, wie beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs.
3. **Komplexität:** Die Lösungen sind oft schwer nachvollziehbar, was die Prozesse verlangsamt und anspruchsvoll macht.
4. **Konfusion:** Die Prozesse sind oft verwirrend, sowohl für politische Akteure als auch für Bürger. Die Europa-Union hat die Aufgabe, diese Komplexität verständlich zu machen.



Abschließend ein kleines persönliches
K: **Kölsch** – als Kölner kann man damit leben.

Wir stehen vor mehreren gleichzeitigen Krisen, den sogenannten Polykrisen, wie geopolitischen Veränderungen, wirtschaftlichen Herausforderungen und dem Einfluss Chinas und der USA. Die Europäische Union muss trotz innerer und äußerer Schwierigkeiten handlungsfähig bleiben. Rechtspopulistische Kräfte innerhalb der Mitgliedsstaaten erschweren dies, doch wir haben bereits viel erreicht und können weiter Einfluss nehmen. Die Europa-Union sollte diese Arbeit fortsetzen.

Danke.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank, Herr Professor Wessels. Wir sind perfekt im Timing, so dass wir nun auch eine kleine Pause machen können, die wir auch für einen Umbau hier vorne auf der Bühne nutzen. Danach werden wir mit der Podiumsdiskussion beginnen, auf die ich mich schon jetzt freue.

5. Podiumsdiskussion

NRW im europäischen Mehrebenensystem

In der Podiumsdiskussion werden die zuvor dargestellten Positionen vertieft und miteinander in Beziehung gesetzt. Im Mittelpunkt stehen unterschiedliche Perspektiven auf europäische Entscheidungsprozesse, regionale Handlungsspielräume und zukünftige Herausforderungen.

Patrick Sensburg:



Wir haben eine spannende erste Runde mit den Eingangsstatements erlebt, die sicherlich zu ein paar Nachfragen geführt hat. Ich würde gerne mit einer Diskussionsrunde beginnen und Ihnen auch die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen.

Ich möchte zunächst mit dem Blick auf NRW starten. Europa als Mehr-Ebenen-System wurde zu Recht dargestellt. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die

Bedeutung der Regionen für die Legitimation Europas?

Otto Schmuck:

Es gibt Umfragen, welche Ebene politisch wichtig ist. Häufig werden an erster Stelle die Mitgliedsstaaten genannt, dann die Regionen, und erst danach die EU. Aus Sicht der Bürger ist die regionale Ebene relativ nah und wichtig. Diese Ebene sollte sich auch mit Europafragen befassen, da sie betroffen ist, Entscheidungen umsetzen und mitwirken muss.

Beispiele zeigen, dass Entscheidungen in Brüssel nur funktionieren, wenn die verschiedenen Ebenen beteiligt sind. Zum Beispiel energiepolitische Vorgaben zur Wärmedämmung von Gebäuden können nur umgesetzt werden, wenn Länder, Kommunen und Fachleute beteiligt sind. Ähnlich bei Trinkwasserrichtlinien: Diese werden national umgesetzt, teilweise bis auf kommunaler Ebene, z. B. durch örtliche Wasserwerke.

Projekte wie „Europa vor Ort“ zeigen, wie Bürger, z. B. Jugendliche, nachprüfen können, wie EU-Vorschriften umgesetzt werden. Entscheidungen in Brüssel sind nur zweckmäßig, wenn Betroffene einbezogen werden und Bedenken äußern können. Das gilt auch für die Wirtschaft, etwa bei Abgasnormen, wo Industrievertreter beteiligt sein müssen, um praxisgerechte Vorgaben zu erzielen.

Patrick Sensburg:

Vielen Dank. Nur eine kurze Nachfrage: Sie hatten den Ausschuss der Regionen erwähnt. Wenn die regionale Ebene so wichtig ist, warum spielt der Ausschuss der Regionen in der Wahrnehmung so eine geringe Rolle? Er muss Stellungnahmen abgeben, sonst ist das Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene nicht rechtens.

Warum sind dort überwiegend Landtagsabgeordnete oder Vertreter der Landesebene, aber kaum kommunale Vertreter? Wir hatten beispielsweise den Bürgermeister von Arnsberg, Vogel, im Ausschuss, später als Regierungspräsident. Sonst gibt es wenige kommunale Vertreter. Sollten wir uns nicht stärker auf kommunaler Ebene engagieren?

Otto Schmuck:

Die Landesregierungen waren diejenigen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, und wollten ursprünglich keine Kommunalvertreter im Ausschuss der Regionen. Bundeskanzler Kohl setzte sich damals dafür ein, drei Sitze für Kommunalvertreter zu reservieren. In anderen Mitgliedsstaaten ist das anders: Einige entsenden ausschließlich Kommunalvertreter.

Die Länder bestimmen, wen sie entsenden. Es gibt 21 Sitze für die 16 deutschen Bundesländer, davon werden in der Regel fünf an die Landtage vergeben. Der erste Sitz wird üblicherweise von der Landesregierung besetzt, in Rheinland-Pfalz durch die Staatssekretärin Heike Raab, Nordrhein-Westfalen wird u.a. durch Stefan Engstfeld als stellvertretendes Mitglied vertreten.

Bezüglich der Wahrnehmung: Der Ausschuss der Regionen ist ein beratendes Organ. Er gibt Stellungnahmen ab und ist beteiligt, kann aber kaum Entscheidungen aufhalten. Das Entscheidungsverfahren ist sehr komplex, wie Wolfgang Wessels ausgeführt hat, und die Mitwirkung des Ausschusses der Regionen ist nur eine Stufe im Verfahren.

Patrick Sensburg:

Vielen Dank. Frau Dr. Sultan, damit kommen wir zu einer zentralen wirtschaftspolitischen Frage. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement die Situation mit dem größten Handelspartner der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika, angesprochen. Die aktuelle Lage ist herausfordernd, auch wenn ein Kompromiss gefunden wurde.

Sie erwähnten insbesondere die Bereiche Stahl und Aluminium, in denen weiterhin hohe Zölle gelten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Europäische Union härter hätte verhandeln müssen. Ist die EU hier zu früh zu einem Kompromiss gekommen?

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Europas mit rund 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im Vergleich zu etwa 300 Millionen in den USA stellt sich zudem die Frage, ob die EU ihre Verhandlungsmacht ausreichend genutzt hat oder ob der Kompromiss vor allem der Auflösung der bestehenden Komplexität diene.

Samina Sultan:

Vielen Dank für die Frage. Der derzeitige Deal mit den USA ist sicherlich kein Erfolg, spiegelt jedoch die realpolitischen Machtverhältnisse wider. Insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Europas von den USA verfügt die Europäische Union aktuell über die schlechteren Verhandlungskarten.

Donald Trump verknüpft handelspolitische Fragen bewusst mit sicherheitspolitischen Themen. Es geht nicht ausschließlich um Zölle oder Handelsdefizite, sondern um eine strategische Verknüpfung verschiedener Politikfelder. Vor diesem Hintergrund waren die Verhandlungen für die Europäische Kommission außerordentlich schwierig.

Hinzu kommt, dass nicht alle Mitgliedsstaaten zu einer härteren Verhandlungslinie bereit gewesen wären. Auch Deutschland hätte einen konfrontativeren Kurs vermutlich nicht mitgetragen. Insofern greift es zu kurz, die Verantwortung ausschließlich bei der Kommission zu verorten.

Gleichzeitig haben wir in einer Studie gezeigt, wie stark auch die USA von Importen aus der Europäischen Union abhängig sind. Die derzeitige Zollpolitik ist erratisch und keineswegs abgeschlossen. Der bestehende Deal ist daher nicht als endgültig zu betrachten. Es wird weitere Verhandlungsrunden geben.

Gerade die Abhängigkeit der USA von europäischen Importen sowie steigende Preise und eine leicht zunehmende Inflation in den Vereinigten Staaten zeigen, dass protektionistische Maßnahmen auch dort wirtschaftliche Kosten verursachen. Diese Aspekte können in zukünftigen Verhandlungen genutzt werden, insbesondere im Hinblick auf die weiterhin bestehenden hohen Zölle auf Stahl und Aluminium.

Realistisch betrachtet ist jedoch nicht davon auszugehen, dass der 15-prozentige Basiszoll während der Amtszeit von Donald Trump vollständig aufgehoben wird. Gleichzeitig ist es von zentraler Bedeutung, das transatlantische Verhältnis nicht zu gefährden, da hier weitreichende sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen auf dem Spiel stehen.

Parallel dazu muss die Europäische Union daran arbeiten, ihre Resilienz und strategische Eigenständigkeit zu stärken – in der Verteidigungs-, Handels- und Außenpolitik. Auf dieser Grundlage wird auch den USA deutlicher werden, wie wichtig Europa als Partner ist, insbesondere im Kontext der Beziehungen zu China.

Patrick Sensburg:

Vielen Dank. Sie haben das Stichwort Resilienz angesprochen. Ich möchte daher die Resilienz der Wirtschaft in den Blick nehmen. Wenn man verhandeln möchte, muss man insbesondere gegenüber einem Akteur wie Donald Trump über belastbare Verhandlungspositionen verfügen. Reines Bluffen ist hier kaum erfolgversprechend.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie resilient die europäische Wirtschaft tatsächlich ist. Erschließen wir ausreichend alternative Märkte? Ich vertrete seit Jahren die Auffassung, dass Europa sowohl Afrika als auch Indien als große Zukunftsmärkte lange Zeit vernachlässigt hat. Stattdessen war man zufrieden mit hohen Außenhandelszahlen innerhalb der EU sowie mit China und den Vereinigten Staaten. Die Wirtschaft war stark ausgelastet und hat sich auf diese Strukturen eingerichtet.

Erschließen wir inzwischen ausreichend neue Märkte, um unsere wirtschaftliche Resilienz zu stärken und damit auch unsere Verhandlungsposition zu verbessern?

Samina Sultan:

Sie sprechen aus meiner Sicht einen sehr wichtigen Punkt an. Ich habe bereits betont, wie bedeutsam die transatlantische Beziehung ist. Gleichzeitig müssen wir und das gehört zentral zum Aspekt der Resilienz, ein Stück weit unabhängiger werden. Dazu gehört, wie Sie völlig zu Recht anmerken, dass wir über Freihandels- und Partnerschaftsabkommen verstärkt Kooperationen mit Drittstaaten suchen.

Ein zentrales Beispiel ist das Mercosur-Abkommen mit dem südamerikanischen Staatenbund aus Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, das hoffentlich bis Ende des Jahres abgeschlossen werden kann. Aus meiner Sicht wäre dies von großer Bedeutung, auch als geopolitisches Signal, dass die Europäische Union in der Lage ist, solche Abkommen erfolgreich zu verhandeln. Darüber hinaus stehen mögliche Abkommen mit Indien und Indonesien im Raum. Diese Verhandlungen werden zweifellos sehr anspruchsvoll sein, und man sollte sich hier keinen Illusionen hingeben. Dennoch halte ich es für notwendig, künftig pragmatischer an solche Verhandlungen heranzugehen, als dies in der Vergangenheit teilweise der Fall war.

Unabhängig von den Partnerschaften mit Drittstaaten gibt es jedoch auch innerhalb der Europäischen Union noch erhebliche Handelshemmnisse. Es existieren Berechnungen des Internationalen Währungsfonds zur Höhe der tarifären, also zollbezogenen, sowie der nichttarifären Handelshemmnisse innerhalb der EU. Dazu zählen beispielsweise unterschiedliche Anerkennungs- und Regulierungsstandards, die den Handel innerhalb des Binnenmarktes weiterhin erheblich beeinträchtigen und einen effizienten sowie kostengünstigen Austausch erschweren. Hier liegt aus meiner Sicht noch ein erhebliches ungenutztes Potenzial, sowohl im Binnenmarkt selbst als auch in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft.

Sie haben zudem die Erweiterungskandidaten angesprochen. Auch hier sehe ich große Chancen. Gleiches gilt für das Vereinigte Königreich. Eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien wäre aus meiner Sicht ebenfalls ein wichtiger Schritt. All diese Aspekte sind zentral, wenn wir darüber nachdenken, wie wir uns in einem zunehmend geopolitisch konflikthaften Umfeld resilient aufstellen können.

Patrick Sensburg:

Sie haben den Ball weitergespielt, und Sie machen es mir damit als Moderator leicht, zu Professor Wessels zu kommen. Professor Wessels, Sie hatten von staatlicher Integrität gesprochen und davon, wie die Europäische Union ursprünglich gestartet ist. Rückblickend kann man sagen, dass für die Länder, die der Europäischen Union insbesondere ab den 1990er-Jahren beigetreten sind, zwei Aspekte zentral waren: Zum einen die staatliche Integrität, bei der die NATO eine wichtige Rolle gespielt hat, und zum anderen die wirtschaftliche Prosperität, die das Modell der Europäischen Union ausgemacht hat. Diese wirtschaftliche Dimension wurde vor allem durch die gemeinsame Politik seit dem Vertrag von Maastricht getragen.

Vor dem Hintergrund dessen, was wir gerade von Frau Dr. Sultan gehört haben, stellt sich die Frage, ob wir heute für alle Mitgliedstaaten ausreichend zur wirtschaftlichen Prosperität beitragen. Früher wurde häufig der Begriff des „Outreach“ verwendet, also die aktive wirtschaftliche Öffnung der Europäischen Union gegenüber anderen Ländern durch Freihandelsabkommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an TTIP. Viele haben die Debatte in Deutschland verfolgt, in der es massive Proteste gab. In Gesprächen an Hochschulen, etwa in Wien und Bukarest, wurde ich damals erstaunt gefragt, warum in Deutschland gegen TTIP demonstriert werde. Letztlich wurde TTIP nicht durch diese Proteste beendet, sondern durch die erste Präsidentschaft von Donald Trump.

Mercosur ist bereits angesprochen worden. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach weiteren Handelsabkommen. Sind wir hier ausreichend aktiv? Haben wir die wirtschaftliche Prosperität institutionell als Europäische Union, der dieses Politikfeld übertragen wurde, ausreichend im Blick? Oder sind wir gerade erst aufgewacht? Mario Draghi wurde bereits genannt, Enrico Letta noch nicht, gehört aber in diesen Zusammenhang. Sind wir inzwischen wachgerüttelt, und geht die Europäische Union nun aktiv in einen wirtschaftlichen Outreach, um die wirtschaftliche Prosperität der Zukunft abzusichern?

Wolfgang Wessels:

Die Europäische Union hat stets angestrebt, ein regelbasiertes internationales Handelssystem zu fördern. Dieses Ziel wurde formuliert, aber nicht immer konsequent

umgesetzt. Auch die EU selbst hat ihre eigenen Prinzipien nicht durchgängig eingehalten. Gleichwohl ist sie bis heute, zumindest in ihren offiziellen Erklärungen, an einem globalen Markt orientiert, der durch Regeln strukturiert ist und durch die Welthandelsorganisation kontrolliert wird. Ziel war und ist es, Handelskonflikte auf dieser Grundlage vernünftig anzugehen und zu lösen.

Diese Lage ist heute jedoch nicht mehr eindeutig, weder global noch innerhalb der Europäischen Union. Das Beispiel Mercosur wurde bereits genannt. Die Verhandlungen über dieses Handelsabkommen laufen seit rund dreißig Jahren und sind weiterhin nicht abgeschlossen. Das ist ein außergewöhnlich langer Zeitraum. Ein zentraler Grund liegt in den internen Konflikten innerhalb der EU, insbesondere im Agrarbereich. Landwirte befürchten, durch Importe – etwa von argentinischem Fleisch – vom Markt verdrängt zu werden. Das ist verkürzt dargestellt, trifft den Kern aber durchaus. Entsprechend ist das Abkommen bislang nicht unterzeichnet. Vor allem Frankreich, mit einem starken Fokus auf den Agrarsektor, lehnt es ab, wobei Frankreich hier vermutlich auch stellvertretend für andere Mitgliedstaaten spricht. Auch deutsche Landwirte wären mit einem solchen Abkommen vermutlich nicht zufrieden.

Was dies verdeutlichen soll, ist, dass es innerhalb der Europäischen Union sehr unterschiedliche Interessen im Bereich des internationalen Handels gibt. Diese führen zwangsläufig zu Konflikten und erschweren Entscheidungsprozesse. Die Europäische Kommission hingegen war traditionell stark auf Marktöffnung ausgerichtet, insbesondere innerhalb der zuständigen Generaldirektion und durch den zuständigen Kommissar. Dieser ist sehr aktiv, reist intensiv und war häufig in Washington, um mit den USA zu verhandeln. Am Ende wurde das Abkommen jedoch von der Kommissionspräsidentin in Schottland im direkten Gespräch mit Donald Trump geschlossen.

Ich möchte an dieser Stelle Ihre Einschätzung ausdrücklich unterstützen. Die Hauptverhandlungsführerin auf Beamtenebene, eine deutsche Vertreterin, hat später erklärt, dass die amerikanische Seite die Verhandlungen immer wieder mit sicherheitspolitischen Fragen verknüpft habe. Damit sind die Europäer besonders erpressbar, vor allem mit Blick auf die Ukraine, aber nicht ausschließlich. Diese Verknüpfung wird auch in den öffentlichen Äußerungen von Donald Trump sehr deutlich, der sicherheitspolitische Abhängigkeiten gezielt als Druckmittel einsetzt.

Unter diesen Voraussetzungen ist das Ergebnis der Verhandlungen vermutlich relativ gut ausgefallen. Dennoch bin ich nicht sicher, ob dieses Abkommen dauerhaft Bestand haben wird. Die Europäische Union hat Zusagen gemacht, bei denen unklar ist, wie sie eingehalten werden sollen. Insbesondere zugesagte Investitionen in den USA liegen nicht in der Hand der Kommission oder der EU als Institution, sondern bei privaten

Unternehmen, die ihre Entscheidungen nach wirtschaftlichen Interessen treffen. Wie Investitionen in der versprochenen Höhe politisch gesteuert oder gefördert werden sollen, ist offen und hängt stark von weiteren geopolitischen Entwicklungen ab sowie davon, wie Donald Trump diese bewertet. Dazu gehört auch das Verhältnis der EU zu China, das Trump möglicherweise als zu große Annäherung interpretiert.

Wir befinden uns insgesamt in einem sehr komplexen geopolitischen Spiel. Die Europäische Union ist trotz allem weiterhin eine starke Wirtschaftsmacht. Der europäische Binnenmarkt ist für Unternehmen weltweit attraktiv, was der EU erhebliche Gestaltungsmacht verleiht. Sie kann Marktzugang an die Einhaltung bestimmter Standards und Normen knüpfen. Dennoch hat sich das Machtgefüge insgesamt verbreitert.

Hier zeigt sich eine zentrale Schwäche: Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes haben wir – insbesondere in Deutschland, unsere Verteidigungspolitik stark zurückgefahren und auf begrenzte Auslandseinsätze spezialisiert, anstatt grundlegende Verteidigungsfähigkeiten weiterzuentwickeln. Die aktuelle Diskussion über Wehrpflicht und Verteidigungsfähigkeit macht diese Defizite deutlich.

Begriffe wie „strategische Autonomie“ klingen überzeugend, bedeuten aber in der Praxis, dass Europa auch ohne die USA handlungsfähig sein müsste, wenn es seinen Interessen entspricht. Ein klassisches Beispiel ist die Balkan-Krise, insbesondere das Vorgehen Serbiens, bei der die EU-Staaten militärisch kaum handlungsfähig waren und auf ein Eingreifen der USA angewiesen waren. Daraus entstand die Idee, zumindest bei regionalen Konflikten eigenständig agieren zu können. Die aktuelle sicherheitspolitische Lage stellt diese Überlegungen jedoch in einen völlig neuen Kontext.

Abschließend möchte ich auf den Aspekt der Legitimität eingehen. Meinungsumfragen zeigen eine wachsende Zustimmung zur Europäischen Union. Angesichts der aktuellen Herausforderungen erkennen viele Bürgerinnen und Bürger die Bedeutung dieser Union und sehen die Notwendigkeit, sie zu stärken. Ein zentrales Problem bleibt jedoch der Mangel an Personalisierung. Selbst engagierte Bürger tun sich schwer, zentrale europäische Akteure namentlich zu benennen. Das schwächt die öffentliche Wahrnehmung und Identifikation mit europäischer Politik erheblich.

Wolfgang Wessels:

Ich will nicht Meinungsumfragen machen oder sagen: „Wer weiß denn?“ Oder den Vertreter im Ausschuss der Regionen. Ich weiß wirklich nicht, wer das ist.

Otto Schmuck:

Nathanael Liminski ist natürlich der Europaminister. Und der Staatssekretär heißt Mark Speich.

Wolfgang Wessels:

Selbst der Experte muss da nachgucken.

Ja, also der Mangel an Personalisierung ist ein enormes Problem. Das trifft aber, um das Thema weiter auszuführen, auch auf die Europaabgeordneten zu. Wenn dann gesagt wird, die kennt ja keiner, sage ich immer: „Und die Bundestagsabgeordneten?“

Überlegen Sie mal: Wir haben, glaube ich, acht Abgeordnete aus Köln im Bundestag. Kennen Sie die? Ich kenne den aus meinem Bereich hier im Kölner Süden, weil ich den auch als Student kennengelernt habe und mir deshalb den Namen gemerkt habe. Der macht gute Politik. Aber die anderen? Vielleicht im Wahlkampf noch und ein halbes Jahr danach. Danach ist das vergessen.

Was ich sagen will: Das ist ein generelles Problem der Politik, kein spezifisch europäisches.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank. Es gibt eine Regel bei Moderatoren: Gib nie das Mikro aus der Hand. Aber wir machen das so. Ich gebe es direkt weiter, weil es schon eine Frage aus dem Panel gibt.

Otto Schmuck:

Ich würde gern Herrn Wolfgang Wessels eine Frage stellen, die mich seit längerem beschäftigt. Wir reden alle darüber, dass Europa stärker werden muss in der Verteidigungspolitik. Du hast vorhin dargelegt, die EU sei ein Friedensprojekt, dem stimme ich voll zu. Dann kam aber ein drittes Projekt dazu: die Verteidigungsunion.

Die Frage ist: Wie ist das zu bewerkstelligen? Häufig hört man, wir bräuchten eine europäische Armee. Wir kennen alle die Probleme, die dagegen sprechen. Ich war einmal an einer Tagung in Italien beteiligt, da hat ein Professor darauf hingewiesen, wie es in den USA gelaufen ist. In der Gründungsphase hatte die Bundesebene keine eigene Armee, sondern die Einzelstaaten. Dann wurden schrittweise einige Soldaten vom Bund finanziert.

Vielleicht könnte das ein Weg sein: dass die EU, unterstützt durch den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, sagt, wir brauchen 50.000 Soldaten als europäische Armee, die auch einsetzbar sind. Der Europäische Rat könnte über Einsätze

entscheiden. Aus deutscher Sicht müsste das eine Parlamentsarmee sein, sonst würde das Bundesverfassungsgericht es nicht zulassen. Technisch ließe sich das regeln.

Ein anderer Weg wäre eine Kooperation der Willigen, ähnlich wie bei der PESCO, der permanenten strukturierten Zusammenarbeit. Aktuell gibt es unter britischer Initiative Überlegungen zu einer „Koalition der Willigen“.

Meine Frage ist: Wie bringt man Friedensunion und Verteidigungsunion zusammen? Für mich gibt es da einen inneren Widerspruch. Verteidigungsunion heißt auch, dass manche fordern, Europa müsse wie eine Weltpolizei agieren. Man liest etwa beim Sudan: „Wer stoppt das?“ Wenn Europa militärisch handlungsfähig wäre, käme schnell die Forderung, dort einzugreifen. Wie siehst du das?

Patrick Sensburg:

Ich gebe das Mikro weiter und sage vielleicht gleich auch noch etwas dazu.

Wolfgang Wessels:

Sagen Sie doch erst einmal. Sie haben ja auch direkte Einblicke.

Patrick Sensburg:

Ich will das Thema nicht komplett auf Verteidigungsunion oder Aufrüstung verschieben, aber eines muss man erkennen: Es geht allen europäischen Ländern ähnlich wie uns. Wir denken oft, nur Deutschland habe in den letzten dreißig Jahren versäumt. Schauen wir nach Großbritannien, Frankreich oder andere Länder, es ist überall ähnlich. Alle haben die Friedensdividende genutzt.

Die Jugoslawienkriege wurden lange ausgeblendet, sogar noch zu Beginn des Ukrainekriegs hieß es oft: „Der erste Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Das ist geschichtsvergessen.

Wir sehen jetzt einen Wandel des Militärs: eine Mischung aus Grabenkrieg wie im Ersten Weltkrieg und hochmodernem Drohnen- und Geodatenkrieg. Vieles davon ist bereits europäisch organisiert, etwa im Baltikum. Die Bundeswehr agiert dort nicht allein. Aber es fehlt eine koordinierte europäische Struktur.

Lange hieß es: Ohne NATO geht es nicht. Das war bequem. Schon Obama und Hillary Clinton haben gesagt, dass das so nicht weiterläuft. Jetzt findet ein Umdenken statt. Deutschland hat dabei besondere Voraussetzungen: finanzielle Mittel und Personalstrukturen aus der Zeit der Wehrpflicht. Andere Länder haben diese Möglichkeiten nicht.

Es geht auch um ein gemeinsames europäisches Selbstverständnis. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wir erinnern uns an die Flüchtlingskrise, auch dort gab es unterschiedliche Wahrnehmungen von Verantwortung.

Wir stehen unter Druck. Die NATO sagt, Russland könnte ab 2029 eine zweite Front eröffnen. Ich glaube, es wird an den EU-Grenzen gezündelt, vielleicht in Nicht-EU-Ländern wie Moldau. Und Europa hofft oft, dass der Kelch an uns vorbeigeht. Das ist eine riskante Strategie.

Das Ziel all dessen ist Frieden. Und das wirkt sich auch zivil aus: Infrastruktur, Brücken, Bahnhöfe, Krankenhäuser. Wir haben vieles abgebaut und merken jetzt, dass Resilienz auch Betten, Wege und Versorgung braucht. Diese Diskussionen werden neu geführt mit großen wirtschaftlichen Folgen.

Mir ist wichtig, dass all das demokratisch eingebettet ist. Wenn Kräfte wie Le Pen, Wilders oder Höcke an Macht gewinnen und über Waffenarsenale verfügen, wird mir mulmig. Wir brauchen europäische Checks and Balances auch beim Militäreinsatz.

Wolfgang Wessels:

Ja, ich fand das heute erst einmal sehr interessant. Gerade die Krankenhausreform in diesem Kontext hatte ich nicht auf dem Schirm, wie man so neudeutsch sagt.

Wir sprachen in den Vorgesprächen oder in unserem E-Mail-Austausch über den Lissabonner Vertrag. Man sollte nicht vergessen, dass dort steht, dass wir eine gemeinsame Verteidigungspolitik haben können, die zur gemeinsamen Verteidigung führt, wenn der Europäische Rat dies einstimmig vorsieht. Wobei natürlich national noch Folgendes umgesetzt werden muss.

Noch gravierender ist Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union. Dort steht, dass jeder Mitgliedsstaat dem anderen helfen muss, wenn er angegriffen wird. Das ist so etwas wie Artikel 5 des NATO-Vertrags. Juristen sagen, das ist ein bisschen unterschiedlich, darauf will ich jetzt gar nicht eingehen. Aber wie häufig bei europäischen Verträgen ist der nächste Satz genauso wichtig: Man muss berücksichtigen, dass einige Staaten eine Sonderrolle spielen. Das sind die neutralen Staaten. Meine österreichischen Kollegen haben mir erzählt, dass der Vertrag von Lissabon in Österreich nicht ratifiziert worden wäre, wenn dieser kleine Satz nicht enthalten gewesen wäre.

Dann kommt der nächste Satz: Auch der NATO-Kontext muss berücksichtigt werden. Wie ernsthaft das am Schluss ist, darüber kann man diskutieren, denn jeder kann eine Ausrede finden.

Dann gibt es natürlich, wie Otto Schmuck gesagt hat, bereits Formen der Zusammenarbeit. Das ist die PESCO, die permanente strukturierte Zusammenarbeit. Ich weiß nicht, ob ich den deutschen Begriff korrekt verwendet habe. Dort arbeiten die Armeen der Mitgliedsstaaten zusammen, je nach Interessen und federführender Rolle. Ich glaube, es gibt inzwischen siebzig oder achtzig Projekte. Aber man findet das kaum erwähnt, und es entsteht der Eindruck, dass es sich eher um weniger zentrale Projekte handelt. Es gibt beispielsweise keine PESCO zur Nutzung von Atomwaffen.

Es gibt also durchaus vieles, was möglich wäre. Wir brauchen im Grunde genommen keinen neuen Vertrag. Auch wird bereits einiges unternommen. Die Beteiligung Großbritanniens wäre möglich, Norwegen ist bereits dabei, die Türkei wird diskutiert.

Die Möglichkeiten bestehen also. Dann kommt aber der demokratische Punkt. Das Bundesverfassungsgericht würde sagen, dass deutsche Soldaten nicht eingesetzt werden können, ohne dass der Bundestag mit entsprechenden Mehrheiten zustimmt.

Ein weiterer Punkt betrifft gemeinsame Rüstungsprojekte. Von französischer Seite heißt es dann: Wir wollen unsere Flugzeuge oder Panzer exportieren. Wenn Deutschland dann sagt, man müsse erst prüfen, ob das menschenrechtlich akzeptabel ist, etwa bei Exporten nach Saudi-Arabien, dann verstehen die Franzosen das als Hemmnis. Sie argumentieren, dass man sonst kein gemeinsames Projekt realisieren könne. Das schließt nicht aus, dass man diese Fragen bedenken sollte, aber sie führen zu großen Problemen, wenn sie von Anfang an bestehen.



Insofern sollte man noch mehr versuchen, aber der politische Raum dafür wird kaum größer. Es kommen sofort Einwände: Man dürfe Marine-Stützpunkte an der Ostsee nicht aufgeben, es müsse weiterhin Werften geben, die deutsche Kriegsschiffe produzieren. Die Franzosen verweisen auf ihre Luftwaffe, die Schweden ebenfalls.

Diese Argumente gibt es seit den frühen fünfziger Jahren. Es wird immer wieder gesagt, Zusammenarbeit sei sinnvoller und effizienter, als bei den Amerikanern zu kaufen oder zwanzig ähnliche Panzer zu bauen. Aber es hat sich nicht wirklich wesentlich etwas bewegt. In diesem Punkt bin ich pessimistisch.

6. Publikumsbeiträge

Fragen, Anmerkungen und Diskussionsimpulse

Dieser Abschnitt gibt die Wortmeldungen und Fragen aus dem Publikum wieder. Die Beiträge greifen zentrale Themen der Veranstaltung auf und erweitern die Diskussion um weitere Sichtweisen und praktische Bezüge.

Norbert Fabian (Mitglied des Landesvorstands der Europa-Union NRW):

Ich möchte bei Frau Sultan bei den Herausforderungen ansetzen. Das ist jetzt ein anderes Thema, aber wir haben schwerpunktmäßig, dass auch die Mitglieder von Nordrhein-Westfalen den Draghi-Report, bei dem Sie auch Ihrerseits angesetzt haben, zu einem Schwerpunktthema gemacht haben, sowohl für die Diskussion in NRW als auch bundesweit.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen: die 700 bis 800 Milliarden Euro jährlich. Dabei geht es natürlich um private Mittel, überwiegend, aber auch um öffentliche Mittel, die eingesetzt werden sollen, um insgesamt die Mittel zu hebeln. In diesem Zusammenhang ist meine Frage: Wie stark setzen sich die Unternehmerverbände dafür ein, dass sie in dieses Programm einsteigen und damit Innovationen wirklich vorantreiben?

Ich möchte noch eine sechste Herausforderung formulieren, die auch Herrn Schmuck betrifft. Das Institut der Deutschen Wirtschaft, Herr Hüther und Herr Südekum, haben eine Studie veröffentlicht, die wir ebenfalls diskutiert haben, auch im Rahmen der Europa-Union. Es geht um die Schaffung oder Verbesserung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, jetzt in der Bundesrepublik und europaweit, was natürlich eine Jahrhundertaufgabe ist. Gerade die Regionen sollten hierbei aktiv beteiligt werden. Die Gefahr besteht, dass Kohäsionsmittel gekürzt werden, und aus Sicht des Ruhrgebiets, zum Beispiel Duisburg, wäre es wichtig, dass die Regionen Druck ausüben. Es ist außerdem unumstritten, dass Regionalförderung effektiver ist, wenn sie von der Region selbst entwickelt wird, als wenn sie von der Zentrale vorgegeben wird.

Ein letzter Punkt betrifft die Unternehmerverbände und den fairen Wettbewerb. Das Lieferkettengesetz war im Europaparlament sehr strittig. Die Unternehmen sind nicht alle dagegen, gerade die großen, die fair wirtschaften, Menschenrechte, Kinderrechte und Umweltvorgaben beachten, fühlen sich im Wettbewerb benachteiligt, wenn andere Unternehmen diese Vorgaben nicht einhalten. Ein Kompromiss wäre hier wichtig: Bürokratie abbauen, kleine Unternehmen ggf. nur stichprobenartig prüfen, damit die

Bürokratie nicht überhandnimmt. Diejenigen, die fair wirtschaften, sollten nicht unnötig belastet werden, während andere, die sich Vorteile durch Kinderarbeit oder andere unfaire Praktiken verschaffen, keine Unterstützung erhalten sollten.

Leopold Sprengelmeier (Mitglied des Landesvorstands der Europa-Union NRW):

Ich habe eine Frage, wie Nordrhein-Westfalen sich besser in Europa präsentieren und sich weiter fortentwickeln kann. Zum einen, welche Veränderungen auf Seiten der Europäischen Union geschehen müssten, sei es bei Verträgen, Institutionen oder Programmen. Zum anderen, was in Nordrhein-Westfalen selbst geändert werden muss. Seit 2020 haben wir den Europabezug in der Verfassung, aber was muss noch geschehen, damit wir uns weiter fortentwickeln und auch wirtschaftlich besser präsentieren können? Danke.

Rainer Frickhöfer (Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union NRW):

Meine Frage geht vor allem an Dr. Otto Schmuck. Gibt es eine Verbindung zwischen den Bundesstaaten, die Mitglied der Europäischen Union sind – ich denke an Österreich und Belgien – zwischen den einzelnen Untergliederungen dieser Länder? Gibt es da eine Zusammenarbeit und Abstimmung, auch wenn die Kompetenzen sehr unterschiedlich sind? Österreich hat beispielsweise nicht so viele Kompetenzen wie deutsche Bundesländer, und Belgien ist ohnehin ein Sonderfall. Das ist zunächst meine Frage.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank. Dann steigen wir direkt in die Beantwortungsrunde ein. Die erste Frage ging, glaube ich, an Frau Dr. Sultan und Dr. Schmuck.

Samina Sultan:

Vielen Dank. Also ich würde zunächst auf die Frage zum Draghi-Bericht eingehen. Er schreibt ja, dass ein Großteil der Mittel privat sein soll, aber ein erheblicher Teil auch staatlicherseits erfolgen muss. Die Debatte, die ich primär verfolgt habe, dreht sich um diese staatliche Komponente, weil hier auch die Frage aufkommt, inwiefern eine gemeinsame Verschuldung auf EU-Ebene eventuell nötig ist. Das ist insbesondere in Deutschland sehr kontrovers, während in anderen südeuropäischen Ländern die Zustimmung klar größer ist. Auch über die Frage einer Verstetigung von NextGenerationEU wird diskutiert, da dieses Programm Ende nächsten Jahres ausläuft. Deutschland hat hier noch nicht so eine große Absorptionsrate. Das sind alles Punkte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind.

Inwiefern die Unternehmensverbände sich an den privaten Investitionen beteiligen, ist nicht einheitlich. Eine Umfrage des DIHK zeigt, dass deutsche Unternehmen ihre Investitionen eher im Ausland tätigen wollen, statt in Deutschland. Es ist also nicht so, dass Europa hier geschlossen handelt, aber man sieht, dass es vielfältige Probleme gibt. Wenn man beispielsweise die hohen Energiepreise betrachtet – hier primär auf Deutschland bezogen –, könnten die Standortbedingungen für Investitionen in Europa verbessert werden, um sie attraktiver zu machen. Andererseits könnte die derzeitige Zurückhaltung in den USA zu einer Investitionszurückhaltung führen. Dies könnte Europa als Chance nutzen, da wir verlässliche rechtsstaatliche Prinzipien haben, die für Investitionen attraktiv sein können.

Zum Lieferkettengesetz: Hier muss ein kluger Kompromiss gefunden werden. Niemand will, dass Kinderarbeit passiert oder dass Regenwälder abgeholzt werden. Gleichzeitig darf die Bürokratie nicht überhandnehmen. Es ist unrealistisch, dass jedes Unternehmen jeden Lieferanten bis ins letzte Detail überwacht. Es könnte sinnvoll sein, nur die erste Kette der Lieferkette zu kontrollieren und dies gegebenenfalls an die Unternehmensgröße zu koppeln. Ein kleines Unternehmen kann nicht alles nachvollziehen. Es gibt zudem Bedenken, dass strikte Vorgaben dazu führen könnten, dass Unternehmen nicht mehr in Ländern wie Bangladesch einkaufen oder produzieren lassen, was dort Arbeitsplätze kosten würde. Ob die Maßnahmen den Menschen vor Ort wirklich helfen, ist daher fraglich.



Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank. Jetzt kommen wir zur Antwort auf die erste Frage von Herrn Schmuck.

Otto Schmuck:

Also bei mir ging es vor allem um die Kohäsionspolitik. Was tut die EU für die Regionen? Relativ klar ist, dass die ärmsten Regionen am meisten gefördert werden. Es gibt drei Kategorien. Deutschland ist vergleichsweise reich, das muss man einfach feststellen. Auch die neuen Bundesländer fallen nach und nach aus dieser Kategorie der ärmsten Regionen heraus. Am Anfang haben sie auch viel mehr bekommen.

Wir haben allerdings einige Regionen, zum Beispiel um Dresden, die wirtschaftsstark sind und eigentlich keine Unterstützung mehr brauchen. Die Diskussion dreht sich

jedes Mal darum, ob man sich nicht nur auf die Ärmsten konzentrieren sollte, sodass Deutschland gar nichts mehr bekommt. Es gibt relativ viele in der EU, die das fordern, um Geld zu sparen.

Allerdings spielt dabei auch die Akzeptanz eine Rolle. Es ist schön, wenn man zeigen kann, dass die EU etwas fördert – zum Beispiel die Renovierung des Speyerer Doms, einen Radweg oder nicht mehr genutzte Ställe in Bauernhöfen, die zu Fremdenzimmern umgebaut werden. Wenn diese Förderungen auch den etwas reicheren Regionen zugutekommen, wie etwa umstrukturierungsbetroffene Regionen wie das Ruhrgebiet, trägt das dazu bei, dass die EU insgesamt akzeptiert wird.

Natürlich wollen die Regionen selbst bestimmen, sie wollen nicht, dass in Berlin entschieden wird, was im Einzelnen gefördert wird. Vor drei, vier Tagen kam ein Schreiben der Kommission, das beinhaltet, dass die Regionen auch künftig bei der Kontrolle beteiligt werden. Ich glaube, das war eine ganz wichtige Sache.

Soll ich gleich auch zum zweiten Punkt etwas sagen?

Patrick Sensburg:

Gerne.

Otto Schmuck:

Herr Sprengelmeier hat nach der Positionierung Nordrhein-Westfalens gefragt. Wichtig ist, dass die Landesregierung ein klares Konzept hat. Im Februar dieses Jahres hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf 23 Seiten die Priorisierung und Positionierung in Hinblick auf Europapolitik dargelegt. Die Landesregierung hat eine klare Position, was sie will.

Das ist mühsam, ähnlich wie wir es für Rheinland-Pfalz gemacht haben. Es muss durch alle Ressorts gehen, bis man alles unter einen Hut gebracht hat. Aber mit diesem klaren Konzept kann man jetzt operieren.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten eines Bundeslandes in der EU sind begrenzt: Es gibt 27 Mitgliedsstaaten, die alle mitreden wollen. Wenn jetzt noch jede Region direkt mitreden wollte, würde es schwierig. Deshalb gibt es Kanäle: über den Ausschuss der Regionen und über die Landesvertretungen in Brüssel.

In der Regel tagt einmal das Kabinett dort. NRW als starkes Bundesland hat die Möglichkeit, Gesprächspartner zu erreichen. Wenn man etwa bei Kommissionspräsidentin von der Leyen anfragt, wird sie terminlich versuchen, zuzuhören, und man kann aus Landessicht vortragen, was besonders wichtig ist.

Wichtig ist also, klare Positionen zu haben, wie es bei NRW der Fall ist, und diese aktiv einzubringen. Ich gebe direkt weiter an Sie, Professor Wessels. Gleiche Frage

Wolfgang Wessels:

Die Entscheidungsverfahren sind kompliziert, man muss sie eng verfolgen. Das kann man nicht teilzeitmäßig machen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Bundesländer ein Büro haben.

Damals war es so, dass es nicht die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen war, sondern nur ein Büro, weil „Vertretung“ zu diplomatisch klingt. Die Bundesregierung war dagegen, dass neben der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland auch noch eine Landesvertretung existiert. Es gibt immer ein gewisses Konkurrenzverhalten zwischen Bund und Land, das lässt sich nicht ganz ausschalten.

Vor Ort findet sehr viel klassische Lobbyarbeit statt. Man besucht etwa die entsprechenden Generaldirektionen der Kommission, verfolgt die Prozesse regelmäßig und baut Vertrauen auf. Personalwechsel sollte möglichst selten stattfinden, damit Erfahrungen nicht verloren gehen.

Bezüglich der Verteidigungsbemühungen: Es gibt viel Potenzial. Ich erwarte manchmal leichtfertig gesagt, dass der französische Präsident sagt: „Wir bauen das Flugzeug, ihr baut den Panzer, wir kaufen eure Panzer und ihr unsere Flugzeuge.“ So läuft es aber nicht. Die Franzosen wollen beim Panzerbau mitwirken, wir bei den Flugzeugen. Nationale oder regionale Interessen werden nicht einfach aufgegeben. Rheinmetall in Nordrhein-Westfalen wird sicherlich nicht glücklich sein, wenn es um die Flugzeuge geht, auch wenn es bei den Panzern passt.

Ein zentraler Punkt ist die Beteiligung nordrhein-westfälischer Unternehmen an den Rüstungsgeschäften. Viele Unternehmer aus Köln, sogenannte Hidden Champions, haben 600 bis 800 Beschäftigte und produzieren ein oder zwei global nachgefragte Produkte. Sie sind weltweit vertreten und orientieren sich nicht primär an offiziellen Entscheidungen. Sie investieren dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch wenn politische Rahmenbedingungen schwierig sind.

Politik kann Anreize setzen oder Kontrollmöglichkeiten schaffen, aber Unternehmensentscheidungen bleiben weitgehend eigenständig. Deutsche Unternehmen haben etwa stark in Ungarn investiert, was aus politischen Gründen inzwischen kritischer gesehen wird.

Die unternehmerische Flexibilität ist zentral, gerade in Zeiten neuer Technologien wie Artificial Intelligence, deren Auswirkungen schwer abzuschätzen sind. Unternehmen müssen handeln. Schumpeter nannte das „kreative Zerstörung“: Alte Industrien

werden durch neue abgelöst, wie die Kohle- oder Textilindustrie in Deutschland. Der industrielle Wandel ist fortlaufend, und wie er sich weiterentwickelt, ist nicht einfach vorherzusagen.

Patrick Sensburg:

Bevor ich das Mikro weitergebe, noch eine kleine Ergänzung zu den offenen Fragen und Themen. In Brüssel gibt es neben hochrangigen Veranstaltungen der Landesvertretungen auch sehr niederschwellige Formate, sogenannte Luncheons oder Frühstücksrunden. Dort sind oft nicht nur die Europaabgeordneten oder hohen Vertreter der Generaldirektionen anwesend, sondern auch die Arbeitsebene. Diese Formate sind sehr wichtig, um Themen kontinuierlich zu positionieren, weil die Themen in der Regel in der Kommission hochaggregiert werden. Ein Megathema beim Kommissar zu setzen, ist selten möglich, aber über diese Arbeitsebene lassen sich Inhalte direkt platzieren. Auch für die Europa-Union ist es interessant, dort Themen aus der Fläche zu setzen und zu sensibilisieren.

Otto Schmuck:

Wer entscheidet darüber? Gleich geht es los.

Patrick Sensburg:

Jeder hat ja sein eigenes Schiff dabei. Wir haben das zum Beispiel im Rahmen der NATO im Kleinen bei den AWACS. Grundsätzlich könnte man sein Flugzeug und seine Crew zurückziehen, macht es aber meist nicht. Das wären Dinge, die man mal in einer Sache ausprobieren könnte. Bei einem Bataillon ist das deutlich schwieriger als bei etwas, was gar keiner mehr allein stemmen kann. Das ist nur eine Anregung, die auch einen gewissen charmanten Hintergrund hat, weil es über die Medien gelaufen ist. Aber es ist noch eine Frage offen, die ganz kurz an Otto Schmuck geht.

Otto Schmuck:

Ja, es ging um die Zusammenarbeit der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen. In der Anfangsphase, als die Verträge von Maastricht eingeführt wurden, spielten diese Regionen eine große Rolle, und gerade NRW war sehr führend. In Düsseldorf gab es eine große Konferenz, zu der NRW eingeladen hatte. Dort trafen sich die Regionen, die sich zu einem Verband zusammengeschlossen haben, der „RegLeg“ heißt – Regionen mit Legislativkompetenzen. Diesen Verband gibt es bis heute, er spielt jedoch politisch kaum noch eine Rolle. Heute ist alles im Ausschuss der Regionen normalisiert.

Es bestehen weiterhin bilaterale Kontakte und Partnerschaften zwischen ähnlich strukturierten Regionen. Die RegLeg-Struktur existiert also noch als loser Zusammenschluss im Rahmen des Ausschusses der Regionen. Politisch ist sie heute

eher unbedeutend. Sollte ein weiterer Vertrag ausgehandelt werden, könnte man dieses Instrument jedoch wieder nutzen, da die Regionen über Bundesrat und ähnliche Mechanismen einen besonderen Einfluss ausüben können. Wenn Länder hart verhandeln – wie damals Belgien, Österreich oder Deutschland – wird etwas nur beschlossen, wenn sie zustimmen.

Peter Wahl (Ehenvorsitzender der Europa-Union NRW):

Bei mir sind inzwischen fünf Fragen aufgelaufen, die ich gerne stellen würde. Ich trage sie der Reihe nach vor.

Die erste Frage geht an Herrn Otto Schmuck: Sehen Sie nicht auch den Interessenkonflikt, gerade bei den regionalen Interessen, wenn der Bund die Interessen der Länder vertreten muss?

An Frau Dr. Sultan habe ich zwei Fragen beziehungsweise Bemerkungen: Sie haben gesagt, die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union sinkt. Meine erste Frage wäre, hängt das vielleicht auch mit dem Green Deal zusammen?

Die zweite Frage knüpft daran an: Der Euro war eine fantastische Idee, aber ist er vielleicht als leichte oder mittelschwere Währung ein Auslöser dafür, dass man stärker in die Verschuldung hineingegangen ist und sich nicht so sehr über Stabilität Gedanken gemacht hat wie früher beim D-Mark, der ja eine sehr feste Währung war?

Dann habe ich zwei kleine Bemerkungen an Professor Wessels, unseren Kreisvorsitzenden hier in Köln:

Erstens, Mercosur und Landwirtschaft. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur eine Industrieregion, sondern großteils auch landwirtschaftlich geprägt. Die landwirtschaftlichen Unternehmer in meiner Region, ich komme aus Bocholt, sagen: „Mercosur, ihr könnt das vertraglich gar nicht so festlegen, dass die Produkterzeugung mit europäischen Standards, was Pflanzenschutzmittel, Düngemittelverordnungen usw. angeht, eingehalten wird. Und dann kommen die Produkte über den Atlantik mit zusätzlicher CO₂-Belastung hierher. Da können wir als Landwirte in der EU gar nicht mithalten.“

Zweitens, China als Stichwort: Wir als Deutschland beziehungsweise Nordrhein-Westfalen erzeugen dadurch vielleicht auch Konkurrenz. Ich erinnere mich an ein Unternehmen in Bocholt, Meier Solutions. Sie waren groß in der Herstellung von photovoltaischen Platten, große Vakuumierer, die hochrein verarbeitet werden müssen. Meier Solutions lieferte bereits vor zehn Jahren Anlagen nach China. Jetzt

kommen diese Produkte zu einem Viertel des Preises zurück, verglichen mit der Produktion in Deutschland.

Christian Richter (Stellvertretender Landesvorsitzender der JEF NRW):

Eine Frage für Frau Dr. Sultan: Sie haben gesagt, dass nur die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen bedeutend ist, weil sie 8 Prozent zur gesamten chemischen Wertschöpfung in Europa beiträgt.

Laut den Aussagen des Bundeskanzlers, und auch nach den Informationen unseres Euroabgeordneten Herrn Voss aus Bonn, ist die Lage der chemischen Industrie in NRW sehr angespannt. Wie schätzen Sie das ein, und welche Möglichkeiten hat die europäische Ebene, um hier eine Entlastung für die chemische Industrie zu schaffen? Das würde mich interessieren.

Patrick Sensburg:

In der Beantwortungsrunde beginnen wir der Reihenfolge nach, zuerst an Herrn Dr. Schmuck.

Otto Schmuck:

Ja, die Frage bezog sich auf den Interessenkonflikt zwischen Bund und Ländern. Das wurde insbesondere zu Beginn diskutiert, als das EUZBLG-Gesetz erstellt wurde. Wenn man es genau betrachtet, ist festgelegt, dass Stellungnahmen immer an den Bundesrat gehen.

Der Bundesrat ist das Organ, das für die Bundesregierung wichtig ist. Was andere Gremien machen, ist zwar relevant, aber oft eher „Folklore“. Entscheidend ist, dass die Stellungnahmen des Bundesrates berücksichtigt werden, wenn der Bund agiert.

Wenn Länderinteressen direkt betroffen sind – insbesondere in den Bereichen Medien, Kultur oder Bildung – müssen diese maßgeblich berücksichtigt werden. Das führt dazu, dass im Rat Ländervertreter wirklich aktiv werden. Allerdings betrifft das relativ wenige Fälle. Es gibt, soweit ich sehe, 16 Räte, die jeweils auf verschiedene Bereiche aufgeteilt sind.

Peter Wahl (Ehrenvorsitzender der Europa-Union NRW):

Ja, aber draußen wird nur durch den Bund vertreten, oder?

Otto Schmuck:

Nein, dann kommt wirklich der Ländervertreter, der auch die Hand hochhebt. Hinter ihm sitzt immer noch eine Vertretung der Bundesregierung. Im EUZBLG steht eben drin: maßgeblich zu vertreten. Dann gibt es noch einen Satz: Dabei haben die Länder

die gesamtstaatlichen Interessen zu beachten. Sie können also nicht einfach alles verhindern wollen. Das muss abgestimmt werden. In der Praxis läuft das relativ geräuschlos.

Patrick Sensburg:

Herzlichen Dank. Ich gebe weiter an Frau Dr. Sultan zum Thema Green Deal und Euro.

Samina Sultan:

Vielen Dank. Kurze Korrektur: Die Wirtschaftsleistung sinkt nicht in der EU, sie wächst noch. Allerdings nicht so stark wie vor der Coronapandemie. Seitdem sehen wir, dass die Wachstumsraten geringer sind, insbesondere im Vergleich zu den USA.

In der ersten Legislaturperiode von Ursula von der Leyen gab es viele Gesetze, deren bürokratische Last möglicherweise unterschätzt wurde. Ich würde aber nicht das grundlegende Ziel in Frage stellen, dass wir klimaneutral werden und die Transformation schaffen müssen.



Es wurde jedoch im vollen Umfang nicht erfasst, welche Last das teilweise für die Unternehmen in der EU bedeutet. Deshalb wird der Green Deal in ihrer zweiten Amtszeit transformiert hin zu einem Clean Industrial Act oder Clean Industrial Deal, der die stärkere Verzahnung von Industrialisierung und grüner Transformation betont. Man wird sehen, inwiefern das zum Erfolg führt, aber die Zeichen sind erkannt, dass man in Teilen wahrscheinlich über das Ziel hinausgeschossen ist.

Die chemische Industrie leidet insbesondere in Deutschland unter den hohen Energiepreisen. Der gestern verabschiedete Industriestrompreis könnte hier eine gewisse Unterstützung bieten. Für die chemische Industrie ist auch das transatlantische Verhältnis von Bedeutung. Donald Trump hatte beispielsweise für pharmazeutische Produkte und gewisse chemische Produkte Zölle von bis zu 200 Prozent angedroht. Das wäre ein sehr viel heftigerer Schlag, weil über 25 Prozent der pharmazeutischen Exporte Deutschlands in die USA gehen.

Von daher steht die chemische Industrie aus vielfältiger Hinsicht unter Druck, und es besteht ein gewisser Handlungsdruck. Wenn Sie die europäische Ebene ansprechen, muss der Industriestrompreis auch von europäischer Seite abgesegnet werden. Das wäre dann ein Punkt, bei dem die europäische Ebene und die Spitzen eingreifen könnten.

Patrick Sensburg:

Ich möchte nur noch eine Ergänzung zum Euro machen: Es gab damals unter Helmut Kohl die Diskussion über die Fiskalunion. Die Währungsunion war eingeführt, aber die daran anschließende Fiskalunion war politisch nicht möglich, obwohl sie eigentlich kommen sollte. Wenn man sich die Euro-Stabilitätskrise anschaut – ich sage bewusst nicht Währungskrise, sondern Euro-Stabilitätskrise, oder genauer: die Schuldenkrise, ausgelöst von manchen Ländern, dann wäre eine Fiskalunion eine weitere Stellschraube im System gewesen, die noch fehlt.

Wenn wir nur eine Währungsunion haben und bestimmte Regeln in den Verträgen, von No-Bailout bis zu den Stabilitätskriterien, fehlen einige Stellschrauben, die national geblieben sind. Das wirft die Frage auf, ob wir irgendwann mehr wagen und uns mehr zutrauen. Ich frage auch gerne meine Studierenden: "Kennen Sie die Währung, die Italien früher hatte, die Frankreich früher hatte?" Viele junge Leute kennen diese Währungen gar nicht mehr.

Für Europa ist der Euro ein riesiger Mehrgewinn. Früher war die D-Mark gar nicht so stark international, und mit 80 Millionen Deutschen in einer einheitlichen Währung war man trotzdem in gewisser Weise ausgeliefert. Wir machen hier nicht genug daraus. Wir haben uns nie als zweite weltweite Währung positioniert und es auch nicht wirklich angestrebt. Dabei verknüpfe ich Europa mit den Werten, die es respektiert, und sehe den Euro als Währung mit diesen Werten.

Im Gegensatz zu digitalen Währungen, wo Werte oft fehlen, vertrete ich die Meinung: Bitcoins und ähnliche digitale Währungen dienen vor allem Kriminellen oder Spekulanten, aber den Menschen nicht. Der Euro hingegen wird von den Menschen gebraucht.

Also, warum gehen wir nicht selbstbewusster an Dinge heran, die etwas Gutes repräsentieren? Ich würde den Euro, wenn man mal mit Star Wars vergleicht, eher auf die „gute Seite der Macht“ ordnen. Aber das nur, weil ich gerade das Mikro hatte. Jetzt eröffne ich wieder die Fragerunde. Ich weiß nicht, ob ich eine Hand übersehen habe. Rainer, richtig. Danach kann jeder andere. Ich gebe das Mikro schon mal wieder frei. Übrigens müssen wir auch nicht alle Fragen stellen. Wir haben schon einen sehr langen Tag hinter uns. Wir können auch pünktlich enden, zum Beispiel fünf Minuten vor eins, ohne dass jemand sich gezwungen fühlt, noch lange Fragen zu stellen.

Rainer Frickhöfer (Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union NRW):

Die Frage richtet sich an Frau Dr. Sultan. Ich möchte kurz rekapitulieren: 2007 haben die USA die Europäische Union, damals noch in Großbritannien gemessen, im

Bruttoinlandsprodukt überholt. Heute liegt das Verhältnis nur noch bei etwa zwei Dritteln. Wir rutschen also im Vergleich zu den Vereinigten Staaten immer weiter ab. Auch China hat uns mittlerweile überholt. Wie ist die Perspektive? Müssen wir damit rechnen, dass diese Entwicklung weitergeht und Europa wirtschaftlich gegenüber den USA zunehmend an Gewicht verliert?

Norbert Fabian:

Frau Dr. Sultan, Sie hatten ja Großbritannien angesprochen, also die wirtschaftliche Wiederannäherung. Vielleicht können Sie etwas mehr dazu sagen, wie Sie das aus Sicht der Unternehmen sehen. Denn es waren ja nicht die britischen Unternehmer, die den Brexit betrieben haben, sondern ganz andere Kreise, die sehr wohl wussten, dass dies der britischen Wirtschaft schadet. Ich kann mir vorstellen, dass, wenn die Kontakte wieder intensiviert werden, irgendwann wirklich wieder ein Ruck reinkommt.

Tobias Kunstein (Vorstandsmitglied der Europa-Union NRW):

Das schließt auch wunderbar an meinen Vorredner an. Meine Frage: Ich würde gerne in Bezug auf Großbritannien den Bogen nochmal zu NRW schlagen. Als der Brexit kam, war mein Eindruck, es wurde sehr viel über die Folgen für NRW speziell gesprochen. Gibt es Erkenntnisse, wie heute die Lage ist – also welche Auswirkungen der Brexit auf NRW hatte, auf die NRW-Wirtschaft, und ob wir das relativ gut weggesteckt haben? Danke schön.

Patrick Sensburg:

Wer die Frage beantworten kann, ist wahrscheinlich Frau Dr. Sultan, aber jeder kann natürlich etwas zu den Auswirkungen des Brexit auf NRW sagen. Ich würde jetzt wieder in die Beantwortungsrunde gehen. Frau Dr. Sultan müsste viele Fragen übernehmen. Zum Schluss des Panels wird dann jeder Panelist noch einen kurzen Abschlusssatz sagen, natürlich zu unserem Thema NRW und Europa. Aber erstmal die Fragen, Frau Dr. Sultan.

Samina Sultan:

Ich beginne mit der Frage zum wirtschaftlichen Gewicht gegenüber den USA. Zum Beispiel im Draghi-Bericht wird aufgezeigt: Das, was besonders das Wachstum in den USA treibt, sind die sieben großen Unternehmen, die wir alle kennen: Google, Apple und ähnliche. Diese treiben enorm das Wachstum, die Produktivität und die Innovationskraft voran. So etwas haben wir in der EU nicht.

Wenn wir aufholen wollen, müssen wir genau an diesem Punkt ansetzen: Wo sind die Innovationstreiber? Wir sind traditionell nicht so stark in den Sektoren AI und KI.

Aufzuholen in diesen Bereichen wäre ein entscheidender Schritt, um souveräner gegenüber den USA aufzutreten, da wir momentan stark abhängig sind.

Ich würde auch hinzufügen und das hatte ich schon einmal ketzerisch angemerkt, dass die Situation in den USA gleichzeitig eine Chance für uns birgt. Die Wirtschaftspolitik von Donald Trump, wenn sie fortgeführt wird, ist mittel- bis langfristig nicht optimal für die USA. Das eröffnet uns Möglichkeiten, auch wenn ich das nicht herbeireden oder herbeiwünschen will.

Gegenüber China betreiben sie eine Industriepolitik, die stark auf Export setzt, da der heimische Konsum nicht ausreichend ist. Wir müssen überlegen, wie wir unseren europäischen Markt vor unfairen Subventionen aus China schützen. Es ist in unserem Interesse, dass die regelbasierte Welthandelsordnung weiterbesteht.

Zur Frage zu Großbritannien: Ich sehe gerade im Rüstungsbereich große Chancen, wieder stärker mit Großbritannien zusammenzuarbeiten. Ich bin allerdings nicht sehr optimistisch, dass ein Wiedereintritt des UK in die EU kurzfristig möglich ist. Durch alternative Partnerschaften, wie im Rüstungsbereich oder im nachrichtlichen Austausch – können wir aber von Großbritannien lernen, insbesondere in der Analyse von Lieferkettenabhängigkeiten und strategischer Außenpolitik.

Zur Auswirkung des Brexit auf NRW muss ich ehrlich sagen, dass mir dazu harte Zahlen fehlen. Ich habe dazu keine direkten Daten vorliegen. Es ist aber klar, dass auf nationaler Ebene die Verbindungen bestehen bleiben, während Zollschränken kleinere Unternehmenskontakte erschweren. Eine Rückkehr oder irgendeine Form von Zollunion mit Großbritannien wäre daher für beide Seiten positiv. Bei der letzten Frage muss ich passen, da habe ich keine direkte Antwort.

Wolfgang Wessels:

Ich würde noch einmal gerne auf die Handelspolitik und die regelbasierte Herangehensweise zurückkommen. Eines der Probleme ist, dass wir als EU immer versuchen, Handelspolitik mit normativen Vorstellungen zu verknüpfen, also Menschenrechte, keine Diskriminierung von Minderheiten etc.

Wenn man dann hört, dass afrikanische Länder Finanzmittel wollen, sagen sie oft: „Ihr von Europa müsst dies und das einhalten.“ Die Chinesen hingegen geben das Geld direkt und fragen nicht nach. Sie wollen natürlich auch, dass das Geld zurückkommt, aber es ist deutlich einfacher, mit China solche Absprachen zu treffen als den komplexen europäischen Prozess zu durchlaufen. Das führt häufig zu Schwierigkeiten.

Auch bei den Agrarinteressen und generell bei unseren Werten, die wir exportieren wollen, müssen wir vorsichtig sein. Wir dürfen nur Verträge eingehen mit Staaten, die bestimmte Normen einhalten, etwa die Abschaffung der Todesstrafe. Deshalb wird es auch nie einen großen Vertrag mit den USA geben, wenn man diese Normen strikt berücksichtigt. Dort kann man die Todesstrafe nicht aussetzen. Hier muss man also abwägen, wo man konsequent vorgeht und wo man vielleicht einen Schritt zurücknehmen muss, auch wenn das bedauerlich ist.

7. Zentrale Erkenntnisse

Abschlussstatements und übergreifende Schlussfolgerungen

Hier werden die wesentlichen inhaltlichen Linien der Veranstaltung zusammengeführt. Der Abschnitt bündelt zentrale Argumente, wiederkehrende Themen und wichtige Erkenntnisse aus Vorträgen und Diskussion.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank. Und wir kommen jetzt zu den Abschlussstatements. Jede:r Panelist:in soll in dieser Abschlussrunde noch einmal die Möglichkeit haben, sich abschließend in einem kurzen Statement zu äußern. Die Frage an alle ist, wie steht NRW jetzt in Europa da? Wir haben viel davon gehört und auch sehr inhaltstief. Aber vielleicht können Sie, liebe Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer, es noch einmal auf den Punkt bringen.

Gerne möchten wir ihre Schlussstatements auch auf Social Media ausstrahlen, so dass sie über unsere Printveröffentlichung gesehen werden können.

Fangen wir also an: Wie steht NRW denn in Europa somit nun da, Frau Dr. Sultan?

Samina Sultan:

Ich denke, NRW steht als großes Flächenland und sehr innovatives Land in Europa, auch im Herzen sozusagen Deutschlands, was ja dann im Herzen Europas liegt, an einer sehr guten Stelle und kann ein Treiber für Innovation, und Platz, in Europa sein.

Patrick Sensburg:

Ganz herzlichen Dank. Herr Professor Wessels, ihr Statement bitte.

Wolfgang Wessels:

Ja, NRW ist ein Schlüssel im Kernland dieser Europäischen Union, sollte es aber auch stärker versuchen durchzusetzen. Also hier könnten durchaus neue Initiativen auch kommen. Der jetzige Ministerpräsident hatte durchaus auch nationale und damit auch

europäische Bedeutung, wenn auch auf eine potentielle Art. Man könnte mehr machen vom Land Nordrhein-Westfalen. Also ich würde Düsseldorf auffordern, gerade als Kölner: Düsseldorf muss da mehr machen. Ist ganz klar. Und mehr in Europa agieren, zwar teilweise über Berlin, teilweise über die Landesvertretung.

Patrick Sensburg:

Herzlichen Dank. Herr Dr. Schmuck wir würden uns über ihr Statement freuen.

Otto Schmuck:

Ja, ich kann mich meinem Vorredner nur anschließen: NRW ist pro-europäisch. Das kann man einfach feststellen, auch im Verhalten im Bundesrat. Also da gab es nie Zweifel, dass man für Europa ist. Herr Clement als Ministerpräsident hat mal gezuckt und gesagt: „Wenn die nicht auf uns achten, können wir alles aufhalten.“ Aber er hat es nie wahrgemacht. Und ich glaube, heute ist die Situation genauso. NRW hat eine klare Positionierung. Ich habe auf diese Prioritäten hingewiesen, die gerade in diesem Jahr beschlossen wurden. Man weiß, was man will, und man muss die Instrumente nutzen. Und da ist ein Instrument die Landesvertretung: Das Kabinett, das in Brüssel tagt, hat die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, und natürlich der Bundesrat. Und dort ist NRW, wie gesagt, eine starke Kraft. Man hat sechs Stimmen, und das ist wunderbar. Also ich sehe da kein Problem.

Patrick Sensburg:

Herzlichen Dank an alle. Ich glaube, wir haben gesehen, wie stark NRW mitten in Europa vernetzt und verwoben ist. Europa ist wesentlich für NRW, aber es ist genauso wesentlich für Europa, dass es NRW als starke Kraft mitten in Europa gibt. Und ich glaube, es ist auch wichtig, dass es die Europa-Union gibt, die über Europa und NRW diskutiert, mit exzellenten Diskutant*innen heute.

Ganz herzlichen Dank an Sie alle. Es war ein wunderbarer Vormittag, und die Zeit ist so schnell vergangen, das hätte ich mir gar nicht gedacht. Über drei Stunden. Aber wir könnten noch drei Stunden weiterdiskutieren. Das machen wir heute nicht, aber sicherlich ein nächstes Mal.

Danke an alle, die Fragen gestellt und mitdiskutiert haben. Danke nochmal an unsere Panelist:innen. Danke an die Europa-Union hier in Köln, die das alles auf die Beine gestellt hat, und an Herrn Kunstein mit seiner Europa-Union vor Ort. Danke an die Universität zu Köln, die es möglich gemacht hat, diese Räume zu nutzen, und natürlich an die Staatskanzlei, die mit ihren Europa-Schecks das Ganze finanziert hat.

Und beim nächsten Mal bin ich mir sicher, werden wir wieder über NRW und Europa diskutieren. Wir haben tolle Veranstaltungen in der Europa-Union Nordrhein-Westfalens, auch digital. Also bitte einschalten und dabei sein beim Thema Europa, gerade hier in NRW. Einen schönen Nachmittag!

Wenn Sie sich die Statements digital ansehen möchten, scannen Sie einfach den QR-Code. So erhalten Sie schnell und bequem Zugriff auf alle Beiträge.

